

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Hermann Nr. 20.

Postfachkonto: Leipzig 21305.
Grosche Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 288.

Mittwoch, 11. Dezember 1918, abends.

71. Jahrg.

Das Rieser Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierteljährlich 3,00 Mark, monatlich 1,00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Druckzeile (7 Spalten) 30 Pf., Ortspreis 25 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz entsprechend höher. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 20 Pf. feste Tarife. Ermäßigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Rüge eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlig, Riesa. **Verantwortlich für Redaktion:** Arthur Dähnel, Riesa; **für Anzeigen:** Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bekanntmachung.

Unsere bisher erschienenen Bekanntmachungen über Ausübung der Jagd und Kullerung der Jagdergebnisse bleiben trotz gegenteiliger Bekanntmachung des Ministeriums des Innern bestehen.

Es wird dringend erwartet, dieser Anordnung entgegen zu handeln und ist nach wie vor den Anforderungen der Jagdkontrollen unbedingt Folge zu leisten.
Ries a, den 10. Dezember 1918.

Arbeiter- und Soldatenrat Riesa,
a. a. Scherffia, a. a. Richter.

Nachstehende Verordnung wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Der Rat der Stadt Riesa, am 10. November 1918.

Verordnung.

Betreffend den Ausnahmeverkauf alkoholischer Getränke während der Demobilisierung.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während der Demobilisierung wird folgendes verordnet:

§ 1. In Bahnhofsweirtschaften und in den in der Nähe der Bahnhöfe gelegenen Wirtschaften, Flaschenbierhandlungen und Kleinverkaufsstellen von Branntwein ist die Abgabe alkoholischer Getränke an alle zu Demobilisierungstransporten gehörigen Personen verboten.

§ 2. Die Verabreichung von alkoholischen Getränken an die Teilnehmer solcher Transporte als Viebesgaben auf Bahnhöfen ist verboten.

§ 3. Ingleichen ist auch den Wirtinnen an Orten, wo Truppen zu Demobilisierungszwecken untergebracht sind, die Verabreichung alkoholischer Getränke an Personen, die zu den zu solchen Zwecken unterbrachten Truppen gehören, unterlag.

§ 4. Die Ortspolizeibehörden sind zur Durchführung dieser Verbote nach Maßgabe des örtlichen Bedürfnisses und zur Hebung der gefährdeten Stellen durch ihre Organe verpflichtet, während sie von den Kommandanten bzw. Vorkündern der Bahnhöfe rechtzeitige Mitteilung über das Eintreffen von Demobilisierungstransporten zu gemachten haben.

Vertikales und Sächsisches.

Ries a, den 11. Dezember 1918.

Wichtigster Bericht über die gestern abend von 5 Uhr ab im Neustadtkonstituente abgehaltene öffentliche gemeindefürliche Sitzung des Rates und der Stadtverordneten. Das Wahlkollegium war vollständig anwesend. Vom Stadtverordnetenkollegium fehlten Herr Stadt-Vizebürgermeister und die Herren Stadt-Vizebürgermeister, Kober und Richter. Als Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates wohnte Herr Scherffia der Sitzung bei. Den Vorsitz führte Herr Bürgermeister Dr. Scherffia.

Zur Beratung stand die Aufstellung eines Ortsgesetzes, betr. die Wahlen der Stadtverordneten. Eine endgültige Beschlußfassung über das Ortsgesetz konnte noch nicht vorgenommen werden, da die Regierung einen Rückentwurf in Aussicht gestellt hat, der aber bis gestern noch nicht eingegangen war. Beide Kollegien stimmten jedoch dem vorläufigen Entwurf einstimmig zu. Nach dem sich nach Einlegung der Regierungsentwürfe Änderungen nötig, so wird das Ortsgesetz beiden Kollegien noch einmal zur anderweitigen Beschlußfassung vorgelegt werden. Bevor nicht die endgültige Fassung des Ortsgesetzes feststeht, erübrigt es sich auch, auf die einzelnen Bestimmungen näher einzugehen. Erwähnt sei, daß künftig die Zahl der Stadtverordneten 20 betragen soll gegen bisher 18. Die Auslegung der Wahllisten erfolgt in der Zeit vom 6. bis 19. Januar 1919. Innerhalb dieses Zeitraumes sind die Einsprüche gegen die Richtigkeit und Vollständigkeit der Wahllisten zulässig. Der Abschluß der Wahllisten erfolgt am 2. Febr. 1919; bis zu diesem Zeitpunkt müssen auch sämtliche Einsprüche erledigt sein. Der Einreichung der von mindestens 50 zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterschriebenen Wahlvorstellungen muß bis 19. Januar 1919, die schriftliche Erklärung miteinander verbundener Wahlvorstellungen bis 2. Februar 1919 erfolgen. Die Wahl findet am 9. Februar 1919 in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags statt.

Beide Kollegien stimmten außerdem noch der Uebernahme von Material an, das die 2. Inf.-Komp. Bion. 22 für Kasernenarbeiten in die Schulturnhalle eingebracht hat. Die Kosten hierfür betragen 700 Mark. Die Kompanie verläßt Riesa und scheidet nach Dahleu über. Die Sätze kann das Material (Betten, Schränke) für Einquartierungszwecke weiter verwenden. — Schluß der Sitzung 1/7 Uhr.

Bisher eingetroffene Feldtruppen. Es sind weiterhin eingetroffen: 2. Komp. Bion.-Batt. 44 (Unterbringungsort Brauß), 2. Komp. Bion.-Batt. 44 (Wohlfahrt), 3. Komp. Bion.-Batt. 44 (Brauß), 4. Komp. Bion.-Batt. (Brauß), 5. Komp. Bion.-Batt. 44 (Wohlfahrt).

Verchiedenes. Der Bäckermacherlehrling und Füllorgelgänger Max Müller aus Großgraua hat eine hiesige Wirtenschaft-Inhaberin seit Oktober mittels Einbruchsdiebstahls für etwa 1000 Mark Rohbar gestohlen. Er hatte bis Mitte Oktober in dem Geschäft in der Lehre gestanden. Der Diebstahl wurde festgenommen. Wegen Verübung verschiedener Diebstähle wurde hier die Arbeiterin Elisabeth Hoffmann aus Delsnik l. Gr. in Haft genommen. — Einem jugendlichen Aufwartemädchen konnten mehrere Unordnungen nachgewiesen werden. Außer Brotmarken hat sie ihrem Arbeitgeber Gegenstände im Gesamtwerte von einigen Hundert Mark entwendet. — Ermittelt wurden zwei Militärpersonen, die auf einem hiesigen Bauhofe Holz zu stehlen versucht hatten. Einer von ihnen wurde festgenommen. — Vor einiger Zeit war hier eine Betrügerin aufgetreten, die sich unter der unwahren Angabe, daß sie Lebensmittel verschaffen könne, größere Geldbeträge erwidert hatte. Die Betrügerin wurde jetzt in der Arbeiterin Anna Klopffmann aus Köpplen bei Dresden ermittelt und festgenommen. — Wie schon voriges Jahr, so sind auch in diesem Jahre die hiesigen Anlagen dadurch geschädigt worden, daß von den Bäumen Heilig abgedroschen worden ist. Zwei Frauen, die an dem Freigel teilhaftig sind und das Heilig an Gärtnern verkauft haben, konnten ermittelt werden. Die Gärtnern

seien vor fahrlässigem Ankauf von Heilig gewarnt, da sie sich unter Umständen strafbar machen. — Beschlagene wurden unzulässige Brotmarken, die ein Soldat in Wädelgehäusen hatte umtauschen wollen. Auch die Wädel seien darauf aufmerksam gemacht, daß nach den geltenden Bestimmungen der Umfassung unzulässig d. h. abgelassener Brotmarken unzulässig ist und Zuwiderhandlung strafbar machen. Aufgegriffen wurden hier zwei Heilige, die sich aus ihrer Heiligkeit in Dresden entfernt hatten.

Entlassungsangabe oder Geldabfindung. Nach einer Bekanntmachung des Arbeiter- und Soldatenrates beim Selbstretirenden Generalkommando 12 haben die zur Entlassung kommenden Unteroffiziere und Mannschaften der Ausfertigung der Militärpapiere oder des Entlassungsscheines zu erklären, ob sie den Entlassungsangabe oder die Geldabfindung wüßten. Nachträgliche Rückgabe der empfangenen Befreiungsscheine gegen spätere Geldabfindung ist unzulässig. Ausnahme wird gemacht, daß die seit 9. bis einschließlich 30. November 1918 von Ersatztruppenentlassenen Unteroffiziere und Mannschaften den Entlassungsangabe oder einzelne Teile derselben gegen die Geldabfindung an ihren Ersatztruppenentlassenen unter der Bedingung zurückgeben können, daß die abgegebenen Befreiungsscheine die gleichen sind, die die Entlassenen vom Truppenenteil erhalten haben, und daß an den Stellen keinerlei Veränderungen vorgenommen worden sind. In Zweifelsfällen entscheidet die Befreiungskommission endgültig. Beitrag und Beitragsversuch sind strafbar. Anträge auf Umtausch des Entlassungsscheines oder einzelner Teile derselben gegen die Geldabfindung seitens Unteroffizier und Mannschaften, welche in der Zeit vom 9. bis 30. November 1918 entlassen wurden, sind spätestens innerhalb 14 Tagen nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Ersatztruppenenteil anzubringen. Entlassungsangabe, die vom Krieges-Befreiungsscheine ausgehen worden sind, müssen behalten werden; ein Umtausch gegen die Geldabfindung ist nicht anzugehen.

Entlassung von Weislaubten. Die in der Heimat und ihrem Wohnort oder Arbeitsort mit Weislaubten anwesenden Offiziere des Weislaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften aller Jahrgänge mit Ausnahme der Jahrgänge 96 bis 99 waren bis zum 30. November von der nächsten militärischen Dienststelle befreit. Die unter diese Bestimmungen fallen, sich aber zwecks Durchführung der befristeten Entlassung nicht bei ihrer nächsten militärischen Dienststelle gemeldet haben, gelten mit dem 30. November 1918 als entlassen. Nach diesem Zeitpunkt bestehen keinerlei Ansprüche auf Wohnung oder Verpflegung. Die vom Stellv. Generalkommando XII eingerichtete Entlassungsstelle Dresden-R. Kaiserstraße 11 nimmt befristete Entlassungen nur noch bis mit 14. Dezember 1918 vor. Nach diesem Zeitpunkt haben sich die für die Entlassung in Frage kommenden Leute an die in ihrem Wohn- oder Arbeitsort nächst gelegene militärische Dienststelle (Bezirkskommando, Garnison-Kommando, Truppenkommando) zu wenden, die in besonders begründeten Fällen auch noch nach dem 30. November 1918 ausnahmsweise befristete Entlassungen vornehmen kann.

Begrüßungsvorstellungen für unsere heimkehrenden Krieger. Die von der Stadtbehörde und dem Soldaten- und Arbeiterrat zu Riesa gestifteten Begrüßungsvorstellungen im „Stern“ lösten bei unseren wackeren Heldengräben sühmigen Beifall und lauten Jubel aus. Das von Herrn Christian Richter zusammengestellte wirksame Programm fand durch die Direktoren Richter eine künstlerisch abgerundete, ergreifende Darstellung. Namentlich wurden Herr Christian Richter und Frontkapellmeister Jule wieder besonders ausgezeichnet.

Gründung eines gemischten Chores. Wie aus dem Interatenteil ersichtlich ist, wird die Gründung eines großen gemischten Chores in unserer Stadt vorbereitet. Da ein solcher hier noch nicht besteht, und der Chor sich höhere Ziele setzt, ist zu wünschen, daß dem Auftrage aus den Kreisen unserer

langesundigen Bürgererschaft zahlreich Folge geleistet werden möge.

Zur kirchlichen Neuordnung in Sachsen. Am Montag, den 9. Dezember versammelten sich in Dresden zahlreiche Vertreter der kirchlichen Organisationen und Vereine Sachsen zu längeren Beratungen über die Frage der Trennung von Kirche und Staat. Auch Frauen waren in großer Zahl erschienen. Die Leitung hatten abwechselnd die Vorsitzenden der beiden einladenden Körperschaften: Pfarrer D. Jeremias, Leipzig, im Namen des Landesverbandes Sachsen der Kirchl.-soz. Konferenz und Pfarrer Georg Leipzig, für die Sächsischen Evangel.-sozialen Vereinigung. Die Verhandlungen waren getragen von dem Entschluß, angesichts des Erstes der kirchlichen Lage und des zu erwartenden Erfolges alle trennenden Unterschiede zurückzulassen. Der Wille der Versammlung lag in folgender einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck: Die am 9. Dezember in Dresden auf Einladung des Vorstandes des Ausschusses des Sächsischen Landesverbandes der freien Kirchl.-sozialen Konferenz und der Säch. Evangel.-sozialen Vereinigung zusammengetretene Versammlung konstituiert sich als freier Arbeits-Ausschuß der Landeskirche zur Mitarbeit an der bevorstehenden kirchlichen Neuordnung. Er fordert alle Kirchengemeinden auf, in örtlichen Organisationen im gleichen Sinne zu arbeiten. Der Ausschuss verfolgt folgende Ziele: 1. Unterbreitung der kirchlichen Instanzen bei der verschiedenen Wahrung der Rechte der Kirche gegenüber den gegenwärtigen Nachbarn, 2. Erhaltung der Kirche als einer einheitlichen Volksgemeinschaft, 3. Einheitsliches Vorgehen in Fragen der kirchlichen Neugestaltung soweit irgend möglich. Auch zur Frage der Mitwirkung der Arbeitererschaft in der evangelischen Kirche nahm die Versammlung in folgender Kundgebung Stellung: Die Versammlung ist einmütig der Ansicht, daß bei einer kirchlichen Neuordnung die Arbeitererschaft in besonders hohem Maße heranzuziehen ist. Alle an den Wahlen beteiligten Körperschaften sollen nach Möglichkeit geeignete Vertreter der Arbeitererschaft abordnen. Auch erscheint es nötig, bei der Zusammenlegung einer Kirchenversammlung der kirchlich gestimmten Arbeitererschaft als solcher eine größere Anzahl von Sitten einzuräumen. Einlich wurde die von einem Dresdener Architekten angeregte Gründung eines Volkskirchlichen Laienbundes für Sachsen mit Freunden begrüßt und die vorgelegten Richtlinien dieses neuen Bundes gutgeheißen. — S. K. Landeskonferenz und allgemeine Kirchenversammlung. Zu der Frage, welche Körperschaft den künftigen Neubau der kirchlichen Verfassung Sachsen errichten soll, nahm eine am 9. Dezember in Dresden versammelte Konferenz von Vertretern der kirchlichen Körperschaften und Vereine Sachsen in bemerkenswerter Weise Stellung, indem sie nach längeren Beratungen folgende Entschließung faßte: „Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß ein Neubau der kirchlichen Verfassung nicht durch das Rumpfparlament der Saison 1911 gewählten Synode, sondern nur durch eine auf wesentlich breiterer Grundlage gewählte und vor allem auch Vertreter der kirchlichen Vereinigungen und Konferenzen umfassende Kirchenversammlung geschehen kann.“ Es wurde beschlossen, dem Evangel.-luth. Landeskonfessionsrat, als der kirchlichen Oberbehörde, eine diesbezügliche, bereits ausgearbeitete Denkschrift zu unterbreiten.

Die Versteigerung der Dienstverbe. Die durch die Demobilisierung in Massen jetzt frei werden, lockt stets eine große Zahl von Schau- und Mietlustigen nach den Kasernen. Trotzdem die Zulassung zu den Auktionen zumeist von einem amtlichen Ausweis abhängig gemacht wird, finden sich zum Schaden der Bauern und Handelsmannes immer noch berufsamtliche Verbehandler ein. Die Preise für die ausgemerkten Militärverbe sind fast durchweg sehr mäßige. Sie bewegen sich je nach dem Alter und Futurzustand zwischen 20 Mark und 600 bis 800 Mark. — Hierzu wird den „Dresdener Nachrichten“ amtlich mitgeteilt: Die öffentlichen Versteigerungen haben aus verschiedenen Gründen bereits begonnen.

Die Versteigerung der Dienstverbe. Die durch die Demobilisierung in Massen jetzt frei werden, lockt stets eine große Zahl von Schau- und Mietlustigen nach den Kasernen. Trotzdem die Zulassung zu den Auktionen zumeist von einem amtlichen Ausweis abhängig gemacht wird, finden sich zum Schaden der Bauern und Handelsmannes immer noch berufsamtliche Verbehandler ein. Die Preise für die ausgemerkten Militärverbe sind fast durchweg sehr mäßige. Sie bewegen sich je nach dem Alter und Futurzustand zwischen 20 Mark und 600 bis 800 Mark. — Hierzu wird den „Dresdener Nachrichten“ amtlich mitgeteilt: Die öffentlichen Versteigerungen haben aus verschiedenen Gründen bereits begonnen.

Für die uns anlässlich unserer Silber-
hochzeit dargebrachten Geschenke und Gratulationen lagern wir allen unseren
herzlichsten Dank.
Görlitz, den 7. Dezember 1918.
Hermann Barthold und Frau.

Für die uns zu unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit lagern wir allen hierdurch unseren herzlichsten Dank.
Riesa a. G., Galberstadt, den 11. 12. 18.
Paul Frankenhäuser und Frau
Eddy geb. Kaufmann.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, sowie für den schönen Blumenschmuck und das Geleit zur letzten Ruhestätte meines geliebten Vaters lagere ich hierdurch meinen herzlichsten Dank.
Dank auch den lieben Nachbarn und Bekannten, namentlich aber der Schwester Anna für ihre liebevolle Hilfsbereitschaft.
Dies alles hat meinem Vaters Wohlgefallen.
Riesa, Albertstr. 11, 12. 18.
In tiefem Weh
M. verw. Gaus geb. Gaus.

Am 9. d. Mts. verschied nach längeren schweren Leiden in leider nur kurzem Ruhestande unser ehemaliger Schiffbaumeister

Herr Andreas Adolph.

Auf das Tiefste bedauern wir das Ableben dieses Mannes, der 25 Jahre hindurch in größter Treue und Anhänglichkeit unserer Firma die besten Dienste leistete.

Allezeit werden wir dem Heimgegangenen das obrendste, dankbarste Andenken bewahren.
Riesa, den 11. Dezember 1918.

G. Moritz Förster.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene liebevolle Teilnahme und für den überaus reichen Blumenschmuck beim Beimgange unseres lieben, unvergesslichen Sohnes, Bruders, Schwagers, Neffen, Onkels und Onkels
Willy Sauer
sagen wir hierdurch allen unsern innigsten Dank. Insbesondere danken wir dem Herrn Direktor, der Lehrerschaft und den Mitschülern der Handelschule Riesa für das ehrende Geleit.
Du aber, lieber Willy, ruhe in Frieden.
Auf Wiedersehen!
Riesa, 10. Dezember 1918.
Der tieftrauernde Vater
zugleich im Namen aller Hinterbliebenen.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet entzich uns der Tod unsern lieben Freund

Willi Sauer.

Wir bedauern das frühe Hinscheiden aufrichtig und werden ihm die Freundestreue auch über das Grab hinaus bewahren.
Riesa, den 11. Dezember 1918.

Seine Jugend- und Schulfreunde.

Ein treues Vaterherz hat aufgehört zu schlagen.
Allen lieben Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein vergessener, innigstgeliebter Vater, unser lieber guter, treuer, sorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, der Hausbesitzer

Gottlieb Hermann Schulze

gestern nachm. 1/2 Uhr nach langen, geduldig ertragenen Leiden nun aber doch noch plötzlich und unerwartet in seinem 58. Lebensjahre sanft entschlafen ist. In tiefstem Schmerze
Kuguste verw. Schulze
nebst Kindern und allen Angehörigen.
Röberau, den 10. Dezember 1918.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause, Wilhelmstr. 2, aus statt.

Geschäfts-Übernahme.

Der geehrten Einwohnerschaft von Röberau und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das von mir betriebene

Manufaktur-, Modewaren- und Schnittwaren-Geschäft

an meinen Sohn Kurt Edwin Michel übergeben habe. Ich danke für das mir in so reichem Maße entgegengebrachte Wohlwollen und bitte auch selbiges auf meinen Sohn übertragen und ihn in seinem neuen Unternehmen gütlich unterstützen zu wollen.

Wohachtungsvoll
Willy Michel, Kaufmann.

Auf Obiges Besinnend, bebreite ich mich, der geehrten Einwohnerschaft von Röberau und Umgebung bekannt zu geben, daß ich das von meinem Vater geführte

Manufaktur-, Mode- und Schnittwaren-Geschäft

Röberau, Riesaer Straße 2, übernommen habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, allen Ansprüchen einer mich beschreibenden Kundenschaft gerecht zu werden und nur mit guter und solider Ware zu dienen. Indem ich um gütige Unterstützung bitte, gelobnet

Wohachtungsvoll
Kurt Edwin Michel, Kaufmann.

Röberau, Dezember 1918.

Zur Vorbereitung der Ehre eines größeren Bühnenwerkes haben sich mir vor kurzem in überraschender Weise etwa 40 Damen und 25 Herren zur Verfügung gestellt. Vielen an mich ergangenen Auforderungen entsprechend, will ich diesen zunächst nur zufällig zusammengetretenen Chor zu einer dauernden Einrichtung machen und rufe zur Gründung eines großen

gemischten Chorvereins,

wie ein solcher hier noch nicht besteht, auf. Ich erkläre die Ziele einer derartigen Vereinigung in der Pflege nur des Gesanges im allgemeinen, im besonderen in der gründlichen Vorbereitung und würdigen Aufführung jährlich etwa 1. eines Lieberabends (März), 2. eines großen Chorwerkes (Septbr.) und, wenn die Kräfte ausreichen, 3. eines Bühnenwerkes (Januar) unter Mitwirkung hervorragender Solisten. Sogenannte Vereinsveranstaltungen finden nicht statt.

Ausdrücklich Propaganda unter bestehenden Gesangsvereinen zugunsten des Mittelgliederbestandes derselben ist ausgeschlossen.

Stimmbegabte und notenkundige, musikalisch ernüchterte und vorurteilsfreie Damen und Herren jeden Standes, die nur um des Gesanges willen diesem Chorverein als singende Mitglieder beitreten, sowie Damen und Herren, die dem Chorverein, ohne selbst mitzusingen, als unterstützende Mitglieder mit einmaligen oder Jahresbeiträgen finanziell zur Erläuterung verhelfen wollen, bitte ich, Freitag, den 13. d. M. abends 7/8 Uhr im „Bettiner Hof“ (Vereinszimmer, 1 Tr.) sich einzufinden oder sich mit mir in Verbindung zu setzen.

Iwan Schönebaum.

Gasthof Pausitz.

Theater der Stadt Riesa.

Anfang 1/8 Uhr. Sonntag, den 15. 12. Anfang 1/8 Uhr.
Auftritt von Wilhelm Richter, Christian Richter,
Paul Sandow und Erich Ahle.
Berliner
Operettenposse! **Der Bettelstudent von Berlin.** Für Liebhaber
3 Uhr! Weihnachtsvorstellung! 3 Uhr!
Ein brennender Weihnachtsbaum. **Die Schneeflocken.**
Nach der Abendvorstellung für Theaterbesucher 8 1/2 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet die Direktion.

Die Geburt eines
gesunden Mädchens
zeigen in dankbarer Freude an
Johannes Landmann und Frau
Elisabeth geb. Oehmichen.
Zwickau, Sa., Bahnhofstr. 19, den 10. Dez. 18.

Grammophone,

neu und gebraucht,
Stifte u. Platten
empfehle, sowie sämtliche
Grammophon-Reparaturen
übernimmt

Franz Müller
Fahrrad-Reparatur,
Wetzdorf bei Riesa.

Wegen Mangel an Platz
ist schöne große
Badewanne
preiswert zu verkaufen
Wobitzer Str. 39, 1. r.

Für alle Beweise aufrichtiger Teilnahme und Liebe
beim Heimgang unserer teuren, lieben Entschlafenen

Frau Martha Elisabeth Schmidt

geb. Böhme

sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Riesa, am 10. Dezember 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beim Morgenlüften ist heute ganz plötzlich und unerwartet meine heißgeliebte, allzeit treusorgende Gattin, meiner Kinder liebevolle herzensgute Mutter, meine liebe gute Schwester

Frau Agnes Theresia Holey

geb. Thieme

im Alter von 69 Jahren durch einen sanften Tod, nach einem arbeitsreichen Leben, von uns in die ewige Heimat gegangen.

Im tiefsten Schmerze

Gustav Holey

Agnes Holey

M. verw. Bormann

M. verw. Bormann geb. Thieme
und alle Verwandte.

Trauerfeier findet am Sonnabend, den 14. Dezember, nachmittags 1/2 Uhr im Trauerhause, Hauptstraße 46, statt.



Ceres
best in hervorragender Güte
Motore
Drehmaschinen
in allen Bauarten
Drillmaschinen
Ölpeil
Reinigungsmaschinen
Hilfsmaschinen
Hand-Drill- und
Drehmaschinen
Verzinsen für alle
kostenlos Kataloge von
Ceres
Maschinenfabrik Akt.-Ges.
von Felix Hühner
Liegnitz J 25.

Weihnachtskerzen
aus Zecarin, Wachs etc. sind
verboden. Viel Kraft u. Gesun-
dheit sind meine gef. Kerzen.
Valdar-Weihnachtskerzen
100 Stk. 60 Pf., 50 Stk.
31.50 Pf., Probefreudung
entb. 30 Stk. 20 Pf. frei
Daus Nachn. Verkaufhaus
G. Schroder, Berlin SW 48,
Friedrichstr. 30.

Gänsefedern
mit Damm in ungeschl. Kupf-
od. feine geschlossene verpackt
H. Kirschmann, Strau l. Sa.

Basishretter
mit verzinkter Blecheinlage
empfehle
Paul Schierik, Glaußh.

Wählerlisten
für Wahlen der Gemeinde-
Vertretungen und für die
Nationalversammlung sowie
Wahlarten und Wahlum-
schläge empfehle
Joh. Hoffmann,
Bau- u. Fabrikhandlung.

Karbidlampen,
Karbid,
elektr. Taschenlampen und
Zellbatterien,
Fahrrad-Erlebstelle
empfehle und Reparaturen
an Fahrrädern aller Modelle
führt aus
Franz Müller, Fahrrad-
handlung,
Wetzdorf bei Riesa.
Fernelektiker Riesa 506.

Bermutwein
1. einseinen od. 10 Liter-Korb-
flaschen empfehle für die
Weihnachtsfeiertage
Gröba, Schulstr. 16, p.

Sonnabend,
d. 14. Dezbr.,
abends 8 Uhr
Monats-
versammlung,
Eibtrasse,
Erscheinen aller Mitglieder
dringend erforderlich.

Die Beerdigung meines
lieben Gatten findet Freitag
nachm. von der Friedhof-
halle aus statt.
W. verw. Adolph.

Am 10. Dezember verschied
nach kurzer schwerer Krank-
heit, gleich nach vollendetem
28. Lebensjahre, unsere gute
Tochter, liebe Schwester,
Schwägerin und Tante

Selma Richter.

Dies gelien schmerzerfüllt an
die trauernden Eltern
Julius Richter u. Frau.
Wöhlen, den 11. Dez. 1918.

Die Beerdigung findet
Freitag nachm. 1/2 Uhr vom
Trauerhause aus statt.

Die heutige Nr. umfasst
8 Seiten.

Beilage zum „Niesauer Tageblatt“.

Verlagsort: Wiesbaden. Verleger: Dr. G. Winterlich, Wiesbaden. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. G. Winterlich, Wiesbaden. Druck: Dr. G. Winterlich, Wiesbaden.

Nr. 288.

Mittwoch, 11. Dezember 1918, abends.

71. Jahrg.

Der Garde Heimkehr.

Man schreibt uns aus Berlin:
Seien wir ehrlich! Wir haben es uns alle ebendamals gedacht. Wenn wir das Bild des Einzugs unserer Gardebrigaden vor unserm geistigen Auge erschauen ließen, an einem Tag voll Sonnenschein, an frohgewagter Stimmung, an die Rechte unserer Truppen unter der Führung des Kaisers und Hindenburgs. Das Schicksal hat es anders gewollt. Ein verhängnisvoller Dezemberabend war es, als sich in der 10. Morgenstunde die Berliner Gardebrigaden und ein aus Angehörigen der Bundesstaaten zusammengesetztes Bundesbataillon draußen auf dem Heideberger Platz in Wilhelmshagen versammelten — zum Einzug in die Reichshauptstadt. Aber feierlich wurde es doch. Und der Jubel der Bevölkerung, der die einziehenden Truppen begrüßte, schlug doch helle Flammen und kam von Bergen. Ganz Berlin und die Straßen, die der Zug passierte, waren fahnen- und tannengeschmückt. Nur langsam vermochten sich die Festgarden durch den Wald von Menschen einen Weg zu bahnen. Die Spitze des Zuges bildete das Bundesbataillon, es folgten eine Garde-Maschinen-gewehr-Abteilung, die Garde-Skifreier, die Leibkürassiere und dann in bunter Folge Dragoner, Husaren, Ulanen und Jäger. Vor jeder Abteilung marschierte ein Musikkorps und ließ seine festlichen Weisen erklingen. — Der Mittelpunkt der festlichen Veranstaltung war der prächtig geschmückte Berliner Platz, auf dem sich schon am frühen Morgen eine gewaltige schaulustige Menge eingefunden hatte. Rieder Plagenstimmungen grüßte auch hier die Krone. Der ganze Platz hat durch eine geschmackvolle Ausschmückung, ein Werk des Kunstsinnes Sandfuß, ein einheitliches Gepräge erhalten. Immer voller wurde es gegen die erste Stunde auf dem Platz. Man sah einer fragte sich wohl, wo denn noch die Truppen auf dem überfüllten Platz Raum finden würden. Und es war: dies in der Tat ein Erlebnis, das nur unter Schwierigkeiten eintreten konnte. Als der Zug endlich, „sie kommen“, wurden die Zuschauer auf den Bürgersteigen zurückgedrängt und es kam zu manchem bösen Unfall. Aber die Worte der Begrüßung schwebten darüber hinweg. Zunächst um 1/2 Uhr verteilte ein Trompetenschlag, daß Reichshauptstadt der Bundes- und Gardebrigaden ergötzen wollte. Von drohenden Hoch- und Anrufungen ist unterbrochen, begrüßte er die Kameraden und umschloß in knappen Worten die Aufgaben Neu-Deutschlands. Nach dem donnernden Hoch, das Oberst Rebe beendete, begrüßte auch Oberbürgermeister Wasmuth im Namen der Reichshauptstadt die Bundes- und Gardebrigaden. Die Dämmerung sank bereits hernieder, als der schier endlose Zug seinen Einzug beendet hatte und die verschiedenen Regimentsabteilungen sich in ihre Heimatquartiere begeben konnten.

Die Aufnahme Oberst an die Truppen.

Der Vollzugsbeauftragte Oberst richtete am Brandenburger Tor an die einziehenden Gardebrigaden folgende Ansprache:
Kameraden! Willkommen in der deutschen Republik, herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gefürchtete, deren lange Sorgen Euch ständig umschwebten. In diesem Augenblicke, wo wir Euch an heimatischen Herd begrüßen, gilt unser erster Gedanke der teuren Toten. Ja, solche Lehren nimmer wieder. Hunderttausende ruhen im Feindesland in stillen Gräbern; andere hunderttausende mußten vor dem Ende des Kampfes zurückziehen geriet und verfiel dem feindlichen Geschosse. Jene allen, die sich für den Schutz der Heimat aufopfert haben, unseren unaussprechlichen Dank! Wir können ihren Opfermut nicht vergelten. Große Worte sind zu schwach, ihnen zu danken. Was wir ihnen an Taten der Dankbarkeit vollbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten. Der Verbleibender des Volkes der Kriegstoten, erblinden und Kriegsinvaliden galt das neue deutsche Volksgesetz erste Verfügung.

Ihr seid dem größten Gemeinwohl entronnen. Froh begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen. Kameraden! Genossen! Bürger! Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwinden. Erst als die Uebermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben. Gerade Euren Heilsmut gegenüber war es Pflicht, nicht noch zweifelhafte Opfer von Euch zu fordern. Allen Schrecken habt Ihr mannhaft widerstanden, Mannschaften und Führer, sei es in den Freizeiten der Champagne, in den düstersten Stunden oder auf dem elendlichen Bergkamm, sei es in unwirtlichen Rußland oder im heißen Süden. Unendliche Leiden habt Ihr erduldet, unergänzbare, fast übermenschliche Taten vollbracht, unerschütterliche Gutes unerschütterlichen Volkes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor dem feindlichen Einfall geschützt. Ihr habt Euren Frauen und Kindern, Euren Eltern den Vorrat und Brand des Krieges ferngehalten, Deutschlands Fluren und Wälder vor Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl.

Erbolden Hauptes dürft Ihr zurückgehen. Ihr haben Reichen Erbes geerbt und gelitten als Ihr! Im Namen des deutschen Volkes tiefen, unigen Dank und noch einmal herzlichen Willkommengruß in der Heimat. Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt. Neues ist geworden. Die deutsche Freiheit ist erstanden, die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unsern Taten lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt. Es hat sich selbst zum Herren über das eigene Geschick gemacht. Auf Euch vor allem ruht die Hoffnung der deutschen Freiheit. Ihr seid die härtesten Träger der deutschen Zukunft. Niemand hat schwerer als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gelitten. An Euch haben wir gedacht, als wir mit einem verhängnisvollen System aufräumten. Ihr Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht erkungen.

Nicht mit reichem Gaben können wir Euch empfangen, nicht Behaglichkeit und Wohlstand Euch bieten. Unter unglücklichen Land ist arm geworden. Schwer lastet auf uns der Druck der harten Arbeit der Sieger. Aber aus dem Zusammenbruch wollen wir uns ein neues Deutschland zimmern mit der rüstigen Kraft und dem unerschütterlichen Mut, den Ihr tausendfach bewährt habt.

Weiterführend haben Angehörige aller deutschen Stämme brauchen im Kampf gestanden. Angehörige aller deutschen Stämme stehen vor uns. Schulter an Schulter habt Ihr gemeinsam gerungen, gepöbelt, gelacht, Not und Lob ins Auge geschaut. Nun liegt Deutschlands Einheit in Eurer Hand. Sorget Ihr dafür, daß Deutschland bei einander bleibt, daß nicht das alte Kleinhaareneid uns wieder übermann, daß nicht die alte Herrlichkeit unsere Tage verpollständigt. Freuet Ihr die Einheit der deutschen Nation, die Ihr mit Bürger werdet der einen untrennbaren deutschen Republik.

Und dann geht mit uns an den Wiederaufbau des Reiches. Ist, wenn Ihr draußen dem graulichen Hand-

werk obliegen müßet, zog Euch Sehnsucht zurück zur friedlichen Arbeitstätigkeit, zum Kulturwerk dabei. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird eine Stätte der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion des Sozialismus. Arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit ganzer Hingabe, sollen wir nicht zu Grunde gehen und verkommen, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Das Reich der Herrschaft hat Ihr verlassen; die Worte neuen Schwagens tut sich vor Euch auf. Eure Tatkraft, Euer Mut, die brauchen nie erlöschen, müssen uns zu neuem Friedensglück führen. Bald schlägt die erlebte Stunde des Friedens. Bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit und die Republik fest verankern durch den unantastbaren Willen des ganzen deutschen Volkes. Ihr legt die Waffen aus der Hand, die getragen von den Söhnen des Volkes dem Volke nie eine Gefahr, sondern stets nur Schutz sein sollen. Ihr sollt mitwirken an dem großen Werk einer neuen deutschen Zukunft, der Zukunft aneres Volkes, dessen Glück Eure stetigen Hände aufbauen müssen von Grund auf. Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die uns allen gemeinsame Liebe zur Einheit Deutschlands, unserer Stolz auf die Freiheit und auf die große unteilbare deutsche Republik zusammenführen in den Ruf: Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksgesetz Deutschlands, sie leben hoch!

Zur Lage.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Aus Berlin wird gemeldet: Die Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes beginnen bekanntlich am 12. Dezember in Trier. Am Montag Abend sind die Mitglieder der Waffenstillstandskommission Staatssekretär Erzberger, Graf Oberndorff und Kapitän Vanselow von Berlin abgereist. Sie werden in Trier mit dem General von Winterfeldt, der von Spaa kommt, zusammentreffen.

Eine Erklärung der rheinisch-westfälischen Großindustrie.

Die Fortsetzung in der Presse und in Versammlungen wiederkehrende Behauptung, die rheinisch-westfälische Großindustrie erkrähe aus kapitalistischen Gründen die Errichtung einer selbstständigen rheinisch-westfälischen Republik, veranlaßt die Düsseldorf-Großindustrie zu folgender Erklärung: Die heute abend versammelten Vertreter der Düsseldorf-Großindustrie erklären einmütig, daß sie niemals den Gedanken erwohnen haben oder erwohnen werden, die Schaffung einer selbstständigen rheinisch-westfälischen Republik zu befürworten. Sie halten fest am Deutschen Reich und unterstützen alle auf die Teilung Deutschlands in einzelne Republiken hinführenden Bestrebungen. Nach Vorentscheid mit einer großen Anzahl von Industriellen der Großindustrie Rheinlands und Westfalens sind wir zur Festhaltung der Fatale berechtigt, daß auch diese denselben Standpunkt vertreten und niemals mit einer solchen oder ähnlichen Anregung hervorgetreten sind, so daß die in der Presse und in Versammlungen immer wiederkehrende Behauptung in nichts zerfällt. Ebenso unbegründet und sinnlos ist das Gerücht, daß die Großindustrie des Westens die Befolgung ihres Gebietes durch feindliche Truppen betriebe. Auch diese Behauptung ist allzu erfunden. Die vorstehend behandelten Punkte zur Zurückführung Deutschlands zeigen, wie dringend notwendig es ist, die Nationalversammlung in allerhöchster Zeit zu berufen, da jeder Tag der Verzögerung die politische Verwirrung steigert und außerdem den wirtschaftlichen Zusammenbruch beschleunigt. Die Großindustrie des Rheinlands und Westfalens muß daher auch von diesem Gesichtspunkte aus die schnellste Einberufung der Nationalversammlung dringend fordern.

Die Angelegenheit Thyssen-Stinnes.

Ueber die Verhaftung von August Thyssen und einigen anderen rheinisch-westfälischen Großindustriellen sprach sich der zweite Vorsitzende des Wälder Arbeiterrates, Ernst, in einer öffentlichen Versammlung u. a. folgendermaßen aus: Es sei erwiesen, daß Stinnes und alle die Machthaber der damaligen Ordnung in aller Form dazu übergegangen seien, die Bevölkerung an die Entente zu verkaufen. Vor allen Dingen, weil dieser dafür eingetreten sei, daß die erste Forderung des Proletariats, der Achtstundentag, in die Tat umgesetzt wurde. Die Ruhe vor dem Sturm habe den Arbeiter- und Soldatenrat nicht gekümmert. Ueberall, wo Thyssen gewesen sei, sei auch der Arbeiterrat gewesen und so habe er denn feststellen können, daß am 5. Dezember im „Friedenshof“ in Dortmund eine Konferenz von 33 oder 34 Schwerindustriellen stattgefunden habe, in der eine Materie behandelt wurde, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, überhaupt nach dem allgemeinen geltenden Recht, als Hochverrat angesehen wurde. Weiter betonte der Referent, daß der noch flüchtige Herr Hugo Stinnes der eigentliche Urheber des unglücklichen U-Denkens gewesen sei. Er habe mit Gewalt verhindert, daß ein einigermaßen annehmbarer Frieden vor dem Ausbruch des Unterseebootkrieges abgeschlossen worden sei. Mittlerweile sei Stinnes auch wieder in Berlin angemeldet worden. Auch ihn werde das Schicksal ereilen.

Braunschweig behält die rote Garde.

Der A- und S-Rat in Braunschweig hat zu der Forderung des Vertrauensausstufes der Garnison auf Abschließung der Kasernen und Abbau der roten Garde folgende Erklärung angenommen: Der A- und S-Rat Braunschweigs lehnt die Forderung des Landes auf dem Standpunkt, daß das System des Militarismus vollkommen zu beiseite und durch eine Volkswehr zu ersetzen ist. Die Rotenoffenbarung und die rote Garde sollen lediglich die Grundlage zur Schaffung einer Volkswehr sein. Solange die Revolution und die Republik noch in Gefahr sind, bleiben sie bestehen. Der A- und S-Rat beschließt, die Bezeichnung „rote Garde“ durch „Braunschweigische Volkswehr“ zu ersetzen. Weiter wurde ein Antrag, den alten Garnisonausgang aufzulösen und einen neuen zu bilden, sobald alle Truppen in die Garnison zurückgeführt sind, angenommen.

Reine Renovation für die Bürgerwehr in Bremen.

Mit 176 gegen 84 Stimmen hat sich der Bremer A- und S-Rat in seiner vorgeschlagenen Sitzung gegen die Wiedereinsetzung von Senat und Bürgerwehr unter einem Betrug und Kontrollrecht ausgesprochen. Der Antrag, den Aktionsausschuß zu beauftragen, sofortige Renovation für die Bürgerwehr unter Zugrundelegung des gleichen, allgemeinen, öffentlichen und geheimen Wahlrechts auszusprechen, wurde nach kurzer Debatte mit allen Stimmen gegen die des Antragsstellers abgelehnt.

Eine Rede Eisners im bayrischen Landesparlament.

In der vorgeschlagenen ersten Sitzung des bayrischen Landesparlamentes wurden die Verhandlungen mit einer Ansprache des Vorsitzenden des Ministerrats Eisner eingeleitet, der u. a. ausführte, er fürchte sich nicht vor der Radikal-

isierung von Unfs. Aber er fürchte, daß man zu den alten Zuständen zurückkomme, wenn auch die Revolution nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Wir müssen zur reinen Demokratie kommen. Daher mein Kampf gegen das Auswärtige Amt als den Hort gegenrevolutionärer Bestrebungen entlarvt. Wir stehen vor einer Weltrevolution. Wenn man sagt, daß die Nationalversammlung die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte entbedrlich mache, so bedauere ich, es wäre eher eine Nationalversammlung ausbedrlich, als es die Arbeiter-Räte sind. Daß die Nationalversammlung rasch kommt, ist gut, weil dadurch eine Menge abenteuerlicher Anschauungen beseitigt wird. Es wäre ein Glück für die Nationalversammlung, wenn sie sich auf die Räte stütze.

Das bayrische Ministerium des Innern hat vorgeschrien die Wahlordnung für den bayrischen Landtag veröffentlicht. Danach finden die Wahlen am 12. Januar 1919 statt. Das Wahlrecht ist allgemein, gleich, geheim und unmittelbar. Gewählt wird die Verhältniswahl, wobei das ganze Land einen Wahlkreis bildet. Die Zahl der Abgeordneten beträgt 118. Bisher waren es 163. Wenn in der Wahl zur angegebenen Zeit keine Wahl möglich sein sollte, kann der Landtag die bisherigen Abgeordneten als Vertreter der Wähler Wähler im Landtag anerkennen und durch den Präsidenten einberufen.

Gompers für eine internationale Arbeiterfriedenskonferenz.

Nach einem Bericht des Washingtoner Korrespondenten der „Times“ sieht sich der amerikanische Gewerkschaftsbund ebenfalls verlegt wie der Senat dadurch, daß er bei der Wahl der Delegierten zum Friedenskongress überangen wurde. Daher hat Gompers beschlossen, an seinem alten Worte festzuhalten, der darin besteht, daß die internationale Arbeiterkraft zur gleichen Zeit wie die Regierungsveteren eine Konferenz abhalten. Gompers wird selbst an die Spitze der amerikanischen Arbeiterdelegation treten. Als sein Tagesprogramm hat er folgendes bekannt gegeben: 1. Der Bund freier Völker steht unter der gemeinsamen Verpflichtung einträchtiger und fröhlicher Zusammenarbeit in Gerechtigkeit, um dadurch Frieden in den Beziehungen der Nationen herbeizuführen. 2. Keine politische und wirtschaftliche Einschränkung, die lediglich Vorteile für gewisse Nationen bedeuten und andere verdrängen und knebeln. 3. Keine Repressalien zu nachlässigen Zwecken oder um mit Vorbedacht Schaden zuzufügen, sondern vielmehr die Beseitigung offenkundiger Unrechts. 4. Anerkennung der Rechte kleinerer Nationen und grundsätzlich, daß kein Volk mehr unter eine Herrschaft gezwungen werden kann, unter der es nicht zu leben wünscht. 5. Keine Gebietsveränderungen und Machtansprüche außer zur Förderung des Weltfriedens.

Wood George und die Friedensbedingungen.

Im deutschen Volk ist eine begeisterte Ungebuld, die Bedingungen der Gegner, in deren Hand wir nun einmal gegeben sind, endlich in vollem Umfang kennen zu lernen. Aber diese Ungebuld hat, wie in den Zeiten des Krieges, anfangs, eine Unzahl von Gerüchten aufschwimmen lassen. Die durch tausend trübe Erfahrungen mißhandelte Leichtgläubigkeit ist wiedergerichtet; diesmal von der Unheiligkeit. Insbesondere nimmt man alles mäßig, was englische oder französische Zeitungen an Entschuldigungsmeinungen, Einmarsch- und Belegungsgeheulen äußern oder was feindliche Staatsmänner im Hinblick auf die bevorstehende Friedenskonferenz andeuten für gut finden. So werden vielfach die acht Milliarden Pfund, die angeblich England ausfordern will, schon als unabänderliche Tatsache behandelt. Jetzt hat der englische Ministerpräsident, vor einer Frauenversammlung, die Friedensfragen immerhin ausführlicher erörtert, als seit Abbruch des Waffenstillstandes geschah. Was fordert er? Zunächst: „Behrhaltung“ Deutschlands, auch des deutschen Volkes. Man muß annehmen, daß er sich diese Strafe als eine wirtschaftlich-finanzielle denkt. Gebiete, die von Deutschen bewohnt sind, will er dem Reiche nicht entzogen wissen, da sonst das Wiedervereinigungsbedürfnis der Getrennten den Erdteil in unablässiger Unruhe halten würde; das bedeutet der leicht mißzuverstehende Satz, es dürfe keine neue elschlobringende Frage geben. Auch wünscht Wood George eine allgemeine Abrüstung — zu Lande; kein europäischer Staat, also auch Frankreich nicht, soll ein großes Heer unterhalten dürfen. In diesen Forderungen erkennt man die Umrisse künftiger englisch-französischer und englisch-amerikanischer Gegenätze.

Arbeitsplan der Sozialisierungskommission.

Die Kommission zur Sozialisierung betrachtet es als ihre Aufgabe, jene Maßnahmen vorzubereiten, die geeignet sind, die Ueberführung von Produktionsmitteln in die Verfügungsgewalt der Gemeinschaft zu erwirken. Erste Voraussetzung aller wirtschaftlichen Reorganisation bildet die Wiederbelebung der Produktion. Vor allem erfordert die wirtschaftliche Lage Deutschlands gebieterisch die Wiederbelebung der Exportindustrie und des auswärtigen Handels. Die Kommission ist der Ansicht, daß für diese Wirtschaftskreise die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden muß. Im Interesse unserer Lebensmittellieferung wird auch nicht vorgezogen werden, in die bisherigen Besitz- und Betriebsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung einzugreifen. Dagegen ist die Kommission der Ansicht, daß jene Gebiete der Volkswirtschaft, in denen sich kapitalistisch-monopolistische Herrschaftsverhältnisse herausgebildet haben, für die Sozialisierung in erster Linie in Betracht kommen. Insbesondere muß der Besamtheit die Verfügung über die wichtigsten Rohstoffe zustehen, wie Kohle und Eisen. Die Kommission ist sich bewußt, daß der Erfolg der Sozialisierung abhängig von der Erhöhung der Produktivität, die durch die beste Organisation der Betriebe und Ersparung aller unnützen Zirkulationskosten unter Leitung bewährter Techniker und Kaufleute erzielt werden muß. Die Kommission ist der Ansicht, daß es von der Natur der Wirtschaftskreise abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen, ob die Verfügung dem Reiche, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zustehen soll. In gleicher Weise werden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftskreise sehr verschieden gehalten müssen. Die Kommission ist gewillt, von dieser allgemeinen Grundlage aus ihre Arbeit zu unternehmen und mit aller Beschleunigung ihre Vorschläge für die einzelnen Zweige der Wirtschaft zu erstatten.

Boincaree in Straßburg.

(Straßburg. (Gavasmeldung.) Boincaree ist in Begleitung von Clemenceau, Dubost und Deschanel in Straßburg eingetroffen. Er wurde durch die Marischke, die Minister, die allerersten Armeeoberführer und den Magistrat empfangen. Der Bürgermeister ließ ihn willkommen und überreichte ihm die Schlüssel der Stadt. Boincaree verzichtete in seiner Antwort, daß Frankreich die Schlüssel

Waffenbesitz in guter Obhut halten und sie sich niemals wieder von irgend jemand nehmen lassen werde. Der Zug gelangte sodann auf dem Niederplatz, wo der Präsident eine Gruppe von Veteranen zu ihrer Unabhängigkeit an Frankreich beglückwünschte. Darauf erreichte der Zug das Rathaus. Vor der Fassade desselben hielt Voltaire eine Rede, in der er u. a. sagte, daß die Volksherrschaft bereits vollzogen sei. Darauf bewegte sich der Zug zur Kathedrale. Sodann begab sich der Präsident zur protestantischen Kirche und zur Synagoge, wo die Weisheit ihm Gegebenheit für Frankreich beteuerte. Darauf fuhr Voltaire mit seinem Gefolge zum Bahnhof, wo im Zuge des Präsidenten Frühlingsfest stattfand.

Keine Änderung des Reichsrechts.
Wie aus von ausländischer Seite mitgeteilt wird, wendet sich ein Antrag der Reichsregierung gegen einschneidende Änderungen des Reichsrechts für einzelne Teile des Reiches. Es heißt darin, daß man teilweise sogar Standgerichte oder Volksgerichte einsetzt, und ihnen unter Ausschaltung der ordentlichen Gerichte bestimmte Straftaten zur Aburteilung anzuweisen und zugleich diese Straftaten entgegen den Vorschriften des Reichsstrafgesetzbuchs mit dem Tode bedroht hat. Vereinzelt sei man auch dazu übergegangen, dem Reichsrecht unbekannte Straftaten wie z. B. die Zwangsarbeit einzuführen. Diese Anordnungen seien rechtsungültig. Die Reichsregierung bittet dringend, mit ihr gemeinsam darüber zu machen, daß die Vollständigkeit des Reiches auf dem Gebiete der Gesetzgebung unter keinen Umständen angetastet wird. Nur so könne die Rechts einheit des Reiches vor der Verhüttung bewahrt werden. Mit ihr würde ein wichtiges Band des politischen Einheits Deutschlands zerrissen werden.

Keine Neuauflösung der Waffenstillstandsbedingungen.
Kaiser erließ auf dem britischen Kaiserlichen Kommando, daß dort nichts bekannt sei von der Ausfertigung neuer Waffenstillstandsbedingungen. Die von deutscher Seite darüber veröffentlichten Meldungen seien als Stimmungsstücke zu betrachten. Die britische Admiralität erklärt eine Erklärung, wonach die jetzt von der deutschen Regierung bekanntgegebenen Bedingungen des Waffenstillstandes der Flotte schon bei Unterzeichnung des Waffenstillstandes fehlerhaft waren.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.
Die „Daily News“ melden aus Newyork: Der ehemalige Präsident Laft erklärte sich damit einverstanden, daß Deutschland seine Kolonien verlieren müsse, aber er warnte England davor, über diese Kolonien zu verfügen; es sei denn auf dem Wege des Völkerrechtes. Sonst würden sich England und Frankreich der Beschuldigung aussetzen, daß sie sich den Krieg zum Zwecke gemacht hätten, um die Kolonien anzuheben zu können.

Bergarbeiterzeit im Ruhrrevier.
Von einer Winderheit wurde der Bergarbeiterzeit im Ruhrrevier beschlossen. Die Forderung der Arbeiter beträgt 20 Mark Mindestlohn für den Tag. Deutern kreuzten 5000 Mann in Hamburg.

Wollen selbst die Einladung zum Besuche Deutschlands ab.
Nach Meldungen aus London hat das „Echo de Paris“ ein beschlages Telegramm von der „George Washington“ erhalten, in dem Präsident Wilson hinsichtlich der an ihn von Oberst und Kurt Eisner ergangenen Einladung, Deutschland einen Besuch abzustatten, erklärt, daß das deutsche Volk erst lange Jahre Ruhe seien und sein Unrecht wieder gutmachen bedürftig sei, ehe wieder an gute Beziehungen zu denken sei. Sein guter Amerikaner könne daran denken, Deutschland zu besuchen, es sei denn, daß er offiziell dazu gezwungen sei. — Es ist darauf hinzuweisen, daß es sich hier lediglich um eine Zeitungsmeldung handelt.

Die Schulden der Alliierten an Amerika.
Nach einer Meldung der New-York-Commercial and Financial Chronicle schulden die europäischen Alliierten den Vereinigten Staaten heute 1505 Millionen Pfund, wobei die Schulden sich wie folgt verteilen: Auf England entfallen 749 Millionen, auf Frankreich 429 und auf Italien 127 Millionen Pfund. In Amerika glaubt man, daß Wilson, abgesehen von der Abhängigkeit aller Alliierten von der amerikanischen Zufuhr, in dieser ihrer Verschuldung auf der Friedenskonferenz einen wichtigen Hebel besitzt, und es fehlt nicht an Andeutungen, daß es von dem Charakter des Friedens abhängen werde, den Wilson durchsetzen kann, ob diese Vorschläge in der Hauptsache als Subvention oder als Darlehen betrachtet werden sollen.

Keine Besetzung Wiens durch Verbandsstruppen.
Die Wiener Regierungsfreielemente bemängeln die Verhörer Meldungen über eine bevorstehende Besetzung Wiens durch Verbandsstruppen.

Prinz Eitel Friedrich, Bevollmächtigter Wilhelm II.
Dem „Berl. Tagbl.“ zufolge, hat Wilhelm II. seinem zweiten Sohn Eitel Friedrich Vollmacht erteilt, in allen Angelegenheiten des ehemals kaiserlichen Hauses zu vertreten. Unterredung eines englischen Berichterstatters mit Scheidemann.

Nach einer Neuterzählung aus London hat der Berichterstatter von Daily Express in Berlin am 6. Dezember eine Unterredung mit Scheidemann gehabt, in welcher dieser u. a. sagte, daß die deutschen Friedensdelegierten von der jetzigen Regierung ernannt würden, daß darüber aber noch keine Beratungen stattgefunden hätten. Auf die Frage, welche Vorschläge Deutschland den Alliierten für die Befreiung der gegenwärtigen Regierung geben werde, antwortete Scheidemann, die Bürgerhaft dafür würde die möglichste baldige Einberufung der Nationalversammlung sein. Auf die Frage, nach der Haltung der jetzigen Regierung gegenüber dem Kaiser und der Forderung der Alliierten, daß er vor Gericht gestellt werden solle, antwortete Scheidemann, die Frage der Errichtung eines Schiedsgerichtshofes, der über alle Personen, denen die Schuld am Ausbruch des Krieges bemessen werde, aburteilen sollte, werde jetzt besprochen. Die Entscheidung müßte von der Nationalversammlung gefällt werden. Scheidemann sprach als seine Ansicht aus, daß der Kaiser bereits genug bestraft sei, daß aber sein Anteil an der Verantwortung des Krieges deutsch festgehalten werden müßte.

Ein Volksrat für die Republik Oesterreich.
Der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist sich auf. An seiner Stelle wird ein Volksrat für die Republik Oesterreich gebildet. Dieser Volksrat hätte sich auf alle Bevölkerungsteile der Republik Oesterreich, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie stehen. Die hessischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden aufgefordert, sich aufzulösen und ihre Aufgaben dem neu zu bildenden Volksrat zu übertragen. Der Darmstädter Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat konstituiert sich sofort neu als Volksrat.

Die Reichsregierung für die Einheit des Reiches.
Aus Anlaß eines bestimmten Eingelassenen hat die Reichsregierung, wie wir erfahren, in einem Schreiben an die anderen Bundesregierungen dem Standpunkt Ausdruck verliehen, daß die territoriale Gliederung Deutschlands durch die Umwälzung zunächst nicht berührt werden ist, sondern daß eine Veränderung der Grenzen der Reichsregierung bedarf. Die Reichsregierung beabsichtigt nicht, an den Gebietsgrenzen der einzelnen deutschen Freistaaten Änderungen vorzunehmen zu lassen, ehe die verfassungsgebende Nationalversammlung darüber Beschluß gefaßt hat. Denn einmal seien solche Änderungen zu tief greifender Natur, um durch die gegenwärtigen tatsächlichen Inhaber der Gewalt mit verbindlicher Kraft für das ganze Volk vorgenommen zu werden, und zweitens bestände die Gefahr, daß bei verfrühter Veränderung der Gebietsgrenzen unnötige Erschwerungen in der Verwaltung der Einzelstaaten und des Reiches eintreten. Solche Gebietsänderungen müßten aber bei den schweren Aufgaben der

Demobilisierung und Volksernährung unbedingt vermieden werden.

Der Kaiser Oberbürgermeister für Einberufung des Reichstages.

Der Kaiser Oberbürgermeister Klemmer richtete, wie die „Berl. Volksztg.“ meldet, folgendes Telegramm an den Reichstagspräsidenten Behrend: Kamens der Reichsversammlung nach ungenügenden Mitteln auf äußerste gefährdeten Notstandes ist es aus dringende, den Reichstag zur Behätigung der Regierung Ebert-Gaule nach Hamburg a. d. Bode oder Koblenz sofort einzuberufen. Eine zu Ortsbesprechungen nötige Regierung sofort heranzustellen, ist dringende nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist Ihre sofortige Schaffung möglich.

Textilarbeiterzeit in England.
Kreuzer meldet: Die „Daily Telegraph“ aus Manchester erklärt, sind im Bezirk Lancashire 100 000 Textilarbeiter in den Ausland getreten, weil mit den Arbeitgebern über die geforderte Lohnerhöhung von 40 Prozent eine Einigung nicht erzielt wurde.

Eine Bitte an die Russen.
Wie der „Berl. Volksztg.“ vernimmt, hat die Regierung die vom Volksgutachten an die russischen Arbeiter und Soldaten gerichtete Einladung zur Einsetzung einer Kommission zum Vertrauensrat der deutschen K. und S.-Räte beraten und beschlossen, die Russen zu bitten, mit Rücksicht auf die außenpolitische Lage Deutschlands von dem Besuche abzusehen.

Die Vorgänge in Hamburg.
Der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Die gestern abend einberufenen Massenversammlungen waren förmlich überfüllt. Die im Circus Busch versammelten 7000 Personen nahmen einen Antrag an, den in die Ausschüsse vermittelten, gegenwärtig verbotenen „Hamburg. Korrespondenzen“ als revolutionäres Organ erscheinen zu lassen.

Das Erfurter Programm der Sozialdemokratie.

Die revolutionäre Bewegung hat das Ziel, das 1801 in Erfurt von den Sozialdemokraten beschlossene Programm zu verwirklichen. Um dessen Kenntnis zu vermitteln, bringen die „Berl. Volksztg.“ es vollständig zum Ausdruck. Das Programm hat folgenden Wortlaut:

Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt ihn in einen isolierten Proletariat, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der verfallenen Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesiges Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Über alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert für das Proletariat und die verfallenden Mittelständler — Kleinrentner, Bauern — bedeutet sie wachsende Jammerei der Arbeiter, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletariat, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Massenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heere trennt und das gemeinsame Vermögen aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivität der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unterdrückt geworden ist mit deren zweckdienlicher Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehemals das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinrentner zu erproben und die Arbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verdrängung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Massen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allerseitiger, harmonischer Vollkommenheit werde.

Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessensstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturgemäßes Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Weltziel, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis sieht und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

Ausgehend von diesen Grundätzen, fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller

über 20 Jahre alten Wahlberechtigten ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlrecht und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Legislaturperioden. Formale Ruhezeit, Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelt des Vorschlags- und Referendumsrechts, Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk. Verantwortlichkeit und Sachlichkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erhaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Volkswehr an Stelle der stehenden Armee. Entschädigung über Krieg und Frieden durch die Volkserhebung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

6. Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit. Abschaffung aller Auswüchse aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinwesen sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbstständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen, sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Verlegung in Straftaten. Entschädigung ungeschuldis Angeschuldigter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Krankenpflege.

10. Stufenweise steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Verteilung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu bedecken sind. Selbstschätzungssteuern, Erbschaftsteuern, Kuponsteuern, nach Umfang des Ertrages und nach dem Grade der Vermögenskraft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Höhe um sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bedrängten Minderheit opfern.

Summe der Arbeiterklasse fordert die sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterkassengesetzgebung auf folgender Grundlage:

a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.

b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.

c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erfordern.

d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens sechsunddreißig Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.

e) Verbot des Trunksystems.

2. Heberwachung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichs-Arbeitsamt, Bezirks-Arbeitsämter und Arbeitskammern. Durchreisende gewerbliche Dyptene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Befreiung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechtes.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung.

Sachsen und die Nationalversammlung.

Wegen der angedrohten Vorberlegung des Wahltermines für die Nationalversammlung hat das Ministerium des Innern folgendes Schreiben nach Berlin gerichtet.

Dresden, am 10. Dezember 1918.

Das Ministerium des Innern erhebt erste Bedenken gegen eine Früherlegung des Termines für die Wahlen zur Nationalversammlung vor dem 18. Februar. Nach den bisherigen militärischen Mitteilungen dürfte die Demobilisation vor Mitte Januar noch nicht beendet sein, so daß die Aufstellung auch nur einigermaßen zuverlässiger Wählerlisten bis Ende dieses Jahres unmöglich ist. Das Ministerium hält es aber für dringend geboten, daß die Wahlen zur Nationalversammlung so ordnungsgemäß und zuverlässig wie möglich vorgenommen werden sollen, weil sonst die Gefahr des Ausschusses großer Wählermassen von der Wahl besteht und damit die Giltigkeit der Wahl und die Zusammenfassung der Nationalversammlung angezweifelt werden kann.

Für Sachsen kommt aber noch ein besonderer Umstand in Betracht. Das Ministerium des Innern hat das allgemeine Wahlrecht für die Gemeinden eingeführt und neuwahlen für alle Gemeinden Sachsen ausgeschrieben, die bis zum 9. Februar 1919 durchgeführt sein müssen. Die Wahlen sollten erst bis 31. Dezember dieses Jahres vorgenommen werden. Auf Verlangen sächsischer Behörden mußte aber das Ministerium die Wahlen verschieben. Es wurde hierfür geltend gemacht, daß die Aufstellung, Kontrolle der Wählerlisten sowie die Kontrolle der Wahlvorschläge unübersichtlicher neuem Boden Zeit erfordern und deshalb die Wahlen zu einem früheren Termin nicht vorgenommen werden können. Es wurde weiter geltend gemacht, daß den Gemeinden, namentlich der mittleren Städte, trotz der Demobilisation, noch die Arbeitskräfte fehlen. Das Wahlgesetz für die Nationalwahlen ist am 20. November veröffentlicht worden. Nach dem von den Verwaltungsbehörden geltend gemachten Zeitbedarf ist es unmöglich, die Wahlen vor dem angezeigten Termin durchzuführen. Da nun die Gemeindevorstände aber nicht ohne weiteres die Wählerlisten für die Nationalversammlung setzen können, so muß die Arbeit doppelt geleistet werden, die in der kurzen Zeit nicht erledigt werden kann. Dazu kommt, daß die Beschaffung des Wahlmaterials, Geseh, Ausföhrungsverordnung in händlicher Ausgabe mit Erdrückungen nicht vor Mitte Dezember in Händen der Behörden kommt, daß sie sich auch nicht in schnelleren Föhrung in die Beschaffung der Wahlmaterialien bei einer so tiefen Föhrung und der Parteienarbeit kaum in der Zeit möglich. Das Wahlgeheimnis soll aber nach dem Gesetz gewahrt bleiben.

Diesen Bedenken bittet das Ministerium erste Beachtung zu schenken und sich nicht durch agitatorische Gründe in ihrer sachlichen Entscheidung irre machen zu lassen. Ministerium des Innern. (1918.) (1918.)